



Medienmitteilung des St. Galler Bauernverbands vom 13.05.2016

Nein zur Änderung der Verkehrsfinanzierung

Der Landwirtschaftsrat empfiehlt am 5. Juni ein Nein zu den Initiativen «Für eine faire Verkehrsfinanzierung», «Pro Service public» und «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» einzulegen. Hingegen begrüsst eine Mehrheit die Finanzierung der Machbarkeitsstudie für die Expo 2027 in der Ostschweiz. Beim Hochwasserschutzprojekt am Rhein setzt sich der Landwirtschaftsrat für den Schutz des Kulturlands ein.

Der Landwirtschaftsrat des St. Galler Bauernverbands repräsentiert die verschiedenen Branchen und Regionen der St. Galler Landwirtschaft. Zur Volksabstimmung vom 5. Juni hat der Landwirtschaftsrat die Parole für vier Abstimmungsvorlagen gefasst.

Parole zu den Abstimmungsvorlagen

Den Sonderkredit zur Finanzierung der Machbarkeitsstudie und des Bewerbungsdossiers für die Expo 2027 empfiehlt der Landwirtschaftsrat zur Annahme. Die Expo stellt eine Chance für die Ostschweiz dar und begünstigt den Ausbau von Infrastrukturen. Wichtig ist, dass mit der Expo nachhaltige Investitionen auslöst werden. Die Expo gäbe die Möglichkeit, den Fokus auf die Ostschweiz zu lenken und die Zusammenarbeit der Ostschweizer Kantone zu stärken.

Die Initiative für eine faire Verkehrsfinanzierung würde ein Loch von 1.5 Mia Fr. in die Bundeskasse reissen. Bei einer Annahme müsste die Landwirtschaft die fehlenden Mittel in der Bundeskasse mit 200 Mio. Fr. mitfinanzieren. Die Landwirtschaft ist auf ein stabiles Budget angewiesen, vor allem angesichts der verschärften Vorschriften mit der Agrarpolitik 2014-17. Der Landwirtschaftsrat empfiehlt ohne Gegenstimme die Ablehnung der Initiative.

Die Initiativen für ein bedingungsloses Grundeinkommen und Pro Service public sind auf den ersten Blick attraktiv, der Inhalt ist allerdings sehr gefährlich. Das bedingungslose Grundeinkommen von monatlich 2500 Fr. pro Erwachsenen und 625 Fr. pro Kind würde insgesamt 208 Mia. Fr. kosten. Dies wäre mehr als ein Viertel des Bruttoinlandprodukts. Die Initiative Pro Service public verbietet den heute gut aufgestellten Unternehmen der Grundversorgung Gewinne zu machen und Quersubventionierungen zu tätigen. Der Landwirtschaftsrat befürchtet, dass ohne Quersubventionierungen die Poststellen im ländlichen Raum gefährdet wären. Das Gewinnverbot zeigt, was die Initianten wollen: viel Leistung zu möglichst tiefen Kosten. Damit besteht die Gefahr eines Leistungsabbaus im ländlichen Raum, der zu verhindern ist. Der Landwirtschaftsrat empfiehlt einstimmig die Ablehnung der beiden Initiativen.

Hochwasserschutz und Landwirtschaft am Rhein

Markus Mähr, Projektleiter der internationalen Rheinregulierung hat dem Landwirtschaftsrat das Projekt Rhesi (Rhein-Erholung-Sicherheit) vorgestellt. Beim Rhein unterhalb von Oberriet ist gemäss Markus Mähr der Hochwasserschutz nicht gewährleistet. Mit dem Rhesi soll die Abflusskapazität auf ein 300-jähriges Ereignis erhöht werden. Anstelle einer Kanalisierung soll der Rhein renaturiert werden. Die Folgen sind ein höherer Landverbrauch und der Fluss transportiert das Geschiebe nicht mehr in den See, sondern es müsste regelmässig ausgebaggert werden. Die Landwirtschaft kämpft für den Erhalt des wertvollen Kulturlandes um den Rhein. Die Aufweitung des Rheins würde 150 Hektaren fruchtbares Kulturland verschlingen. Zudem muss von Dammabrückungen abgesehen werden.

Rückfragen:

Peter Nüesch, Präsident, peter_nuesch@bluewin.ch, Mobile 079 696 00 20

Andreas Widmer, Geschäftsführer, andreas.widmer@bauern-sg.ch, 071 394 60 11